

daher auch die wirksamsten Argumente dagegen Vorbringen konnte. Nach der Ermordung von Ethel und Julius Rosenberg deckte Pritt dann in einer Broschüre über den Fall Morton Sobell die unvorstellbaren Rechtsbrüche der USA-Ermittlungs- und Gerichtsbehörden auf.

Dies sind nur wenige Beispiele, die den großen Verteidiger in seinem unbeirrbar und unermüdlichen Eintreten für alle ungerecht Verfolgten, für alle schuldlos von der imperialistischen Justiz Angeklagten kennzeichnen. Nicht selten übernahm er Verteidigungen, die kein landesansässiger Anwalt zu übernehmen wagte.

So wie Pritt als Verteidiger im Interesse Unterdrückter und Verfolgter aufgetreten ist, so tritt er auch als Kämpfer für den Frieden und die Verständigung unter den Völkern auf. Mehr als 25 Bücher und Broschüren sowie zahllose Artikel zu juristisch-politischen Tagesfragen zeugen von seinem unermüdlichen Kampf für Wahrheit, Fortschritt und Frieden in der ganzen Welt.

Im Jahre 1940 wurde Pritt nach 20 Jahren Mitgliedschaft aus der Labour Party ausgeschlossen. Der Grund dafür war sein konsequentes Eintreten gegen das Ausbreiten des Krieges, sein Widerstand gegen die Politik der Labour Party und der englischen Regierung, mitten im Krieg gegen Nazideutschland wegen der finnischen Frage einen Krieg gegen die UdSSR zu beginnen. Seine Gedanken zu diesem Problem hat er in einem 1940 herausgegebenen Buch „Muß sich der Krieg ausbreiten?“ niedergelegt.

Als langjähriger Präsident und jetziger Ehrenpräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, als Präsident der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen zwischen den Völkern des Vereinigten Königreichs Großbritannien und der UdSSR, als Präsident der Gesellschaft für Britisch-Rumänische Freundschaft, als Mitglied des Kuratoriums der Gesellschaft für Freundschaft mit Bulgarien, als Präsident des Britischen Friedenskomitees und als Mitglied des Weltfriedensrates wirkt Pritt in beispielhafter Weise für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt und der Freundschaft zwischen den Völkern.

Die großen Verdienste D. N. Pritts fanden 1954 mit der Verleihung des Internationalen Lenin-Friedenspreises ihre, besondere Anerkennung. Sein Wirken als hervorragender Jurist wurde unter anderem international geehrt durch die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultäten der Karls-Universität Prag und der Universität Sofia.

Alle aufrechten Deutschen ehren Pritt als Vorbild im Kampf um den Frieden. Der Staat der Arbeiter und Bauern ist stolz darauf, ihn zu seinen Freunden zählen zu können.

Roman Andrejewitsch Rudenko

Für das werktätige Volk in Deutschland ist der Name R. A. Rudenkos auf das engste mit jenem Kapitel deutscher Geschichte verbunden, in dem der deutsche Imperialismus und Militarismus, die das deutsche Volk in zwei entsetzliche Kriegskatastrophen stürzten, ihre bisher größte Niederlage erlitten und den werktätigen Menschen, den patriotischen Kräften in Deutschland unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei der Weg in eine Ordnung des Friedens und der Demokratie eröffnet wurde.

Als Vertreter der Sowjetunion, die im zweiten Weltkrieg die größten Opfer tragen mußte und die den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der faschistischen Herrschaft leistete, entlarvte R. A. Rudenko als Hauptankläger im Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg schonungslos die Verbrechen der Nazidiktatur und forderte im Namen der Opfer der faschistischen Aggressionen und aller friedliebenden Menschen die gerechte Bestrafung der für diese Verbrechen Verantwortlichen. Durch sein konsequentes Auftreten im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nahm R. A. Rudenko nicht nur die Interessen seines Landes und die der Länder der Anti-Hitler-Koalition wahr, sondern vertrat

vor allem auch die Interessen des deutschen Volkes, denn eine demokratische und friedliebende Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland konnte nur durch die Beseitigung der Machtpositionen des deutschen Imperialismus und Militarismus gewährleistet werden. R. A. Rudenko leistete damit einen hervorragenden Beitrag zur Durchsetzung der Grundprinzipien des demokratischen Völkerrechts. Er verwirklichte beispielgebend die Forderung nach Gerechtigkeit, die von den Völkern erhoben wird, deren Lebensinteressen die Bestrafung aller Aggressoren gebieten, und die in den sozialistischen Staaten in Gestalt des Friedensschutzgesetzes ihren sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Das Grundanliegen der Tätigkeit R. A. Rudenkos als Vertreter der Sowjetunion und aller friedliebenden Menschen findet seinen beredten Niederschlag in den Schlußworten seiner Nürnberger Anklagerede, die den tiefen ethischen und humanistischen Gehalt seiner Arbeit kennzeichnen:

„Im Namen des heiligen Andenkens von Millionen unschuldiger Opfer des faschistischen Terrors, im Namen der Festigung des Friedens in der ganzen Welt, im Namen der zukünftigen Sicherheit der Völker legen wir den Angeklagten eine vollständige und gerechte Rechnung vor. Das ist die Rechnung der gesamten Menschheit, die Rechnung des Willens und Gewissens der freiheitliebenden Völker. Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf!“

Auch in seiner Tätigkeit als Generalstaatsanwalt der UdSSR, mit der er im Jahre 1953 betraut wurde, hat Roman Andrejewitsch Rudenko konsequent die Friedenspolitik der UdSSR mit den Mitteln der sozialistischen Gesetzlichkeit unterstützt und verwirklicht. Er hat entscheidenden Anteil an der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung in der Sowjetunion, die sich insbesondere in der Zerschlagung der neuerlichen Anschläge auf den Frieden seitens der aggressivsten Kreise der USA zeigt. Die von Generalstaatsanwalt Rudenko im Prozeß gegen den amerikanischen Spionageflieger Powers erhobene Anklage deckt nicht nur die Schuld des für die aggressive Handlung verantwortlichen Spions auf, sondern enthüllt gleichzeitig die friedensgefährdenden Bestrebungen der aggressiven imperialistischen Kreise der USA, die die Verantwortung für diese Aggressionsakte tragen.

Die umfangreichen praktischen Erfahrungen R. A. Rudenkos im Kampf um die Durchsetzung und Festigung der Leninschen Prinzipien der sozialistischen Gesetzlichkeit bilden die Grundlage einer Reihe bedeutender rechtstheoretischer Arbeiten, die auch den Juristen der DDR wohlbekannt sind und eine große Hilfe in unserem Kampf um die Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit darstellen. Insbesondere die in Auswertung der richtungweisenden Beschlüsse des XXI. Parteitages der KPdSU von R. A. Rudenko ausgearbeiteten Thesen zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit rücken das für die gesellschaftliche Entwicklung im Sozialismus Typische in den Vordergrund: Der Kampf gegen das Verbrechen und andere die Gesellschaft schädigende Erscheinungen ist nicht ausschließlich Angelegenheit der staatlichen Organe, sondern erfordert in weit stärkerem Maße die Einwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte auf die Rechtsverletzer. Die Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit besteht vor allem in der breiteren Teilnahme der Werktätigen an der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus. Diese Thesen stellen eine Bereicherung der marxistisch-leninistischen Staatstheorie dar und orientieren uns auf die stärkere Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte in die Bekämpfung und Überwindung gesellschaftsgefährlicher Handlungen in der DDR.

Die hervorragende Tätigkeit des Generalstaatsanwalts Rudenko für die sozialistische Entwicklung in der Sowjetunion wurde durch die zweimalige Auszeichnung mit dem Lenin-Orden sowie durch die Wahl als Abgeordneter des Obersten Sowjets gewürdigt.